



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald **Extra**
März 2021

Guten Tag!

Pandemie – das Chaos hat System

Seit Jahren ist die Möglichkeit einer Virus-Pandemie, wie wir sie erleben, bekannt. Das mögliche Ausmaß, Gefahren und die Betroffenheit der Menschen waren für ihr Eintreten berechnet. Die Notwendigkeit, das Gesundheitswesen auf eine Pandemie vorzubereiten, lag ebenso auf der Hand wie ihre Auswirkungen auf Schulen, Kindergärten und Gesundheitsämter. Getan wurde nichts.

Spätestens seit vergangenem Sommer war klar, dass mit einer zweiten Welle zu rechnen ist. Auch darauf gab es keine ausreichende Vorbereitung. Das Personal in den Gesundheitsämtern wurde nicht aufgestockt. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern bekamen Applaus, aber kaum mehr Personal und keine besseren Arbeitsbedingungen. Das Leben der Menschen wurde drastisch eingeschränkt, aber die Arbeit lief in den meisten Bereichen – keineswegs nur in den lebensnotwendigen – ungehindert weiter. Die Maßnahmen, die die Regierungen in Bund und Ländern ergreifen, sind völlig widersprüchlich. Sie setzen auf die langsame Schaffung einer sogenannten Herdenimmunität. Die Bundesregierung nimmt mit dieser Strategie tausende Tote billigend in Kauf.

Chaos in der Sozialpolitik?

Die Milliarden für Konzerne, wie Lufthansa oder Galeria-Kaufhof, flossen schnell. Selbst großen Unternehmen, die Arbeitsplätze abbauten oder ihren Aktionären Dividenden zahlten, wurde „unbürokratisch“ geholfen. Krankenhauskonzerne verdienten sich an der Pandemie eine goldene Nase.

Kleingewerbetreibende, Kulturschaffende, Gastronomen, Friseure warten bis heute vergeblich auf Hilfe. Viele gehen Pleite, weil ihre Kosten weiterlaufen. Hunderttausende haben ihre Minijobs verloren. Sie werden einfach vergessen. Millionen bezahlen sich selbst mit den Beiträgen, die sie in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Ihr Kurzarbeitergeld reicht oft nicht für die Miete. Die Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV sollen mit einer Einmalprämie von 150 Euro abgespeist werden, obwohl sie durch steigende Kosten zum Beispiel für Lebensmittel immer tiefer in die Armut rutschen. Ausgezahlt werden soll diese „Hilfe“ nicht vor Mai.

Wir fordern gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden:

- die Anhebung der Regelsätze für Hartz IV auf mindestens 600 Euro für alle Menschen
- für die Dauer der Krise einen pauschalen Mehrbedarfszuschlag in der Grundsicherung von 100 Euro pro Kopf und Monat
- mindestens für die Dauer der Krise ein Verbot von Zwangsräumungen und die Aussetzung von Kreditrückzahlungen
- Mindestkurzarbeitergeld von 1.200 Euro
- die gesetzliche Verpflichtung zur Aufstockung des Kurzarbeitergelds durch die Unternehmen
- die sofortige Auszahlung der Unterstützung für Kleinbetriebe.

Pressemitteilung des DKP-Parteivorstandes

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt

E-Mail; rfan@mail.de